

Elisabeth Unger

Anwaltshandbuch Familienverfahrensrecht

Praxisleitfaden mit Erläuterungen, Arbeitshilfen und
Materialien zum neuen FamFG

von

Rechtsanwältin

Dr. Elisabeth Unger, Hamburg/Santiago de Chile

Deubner 
Recht & Praxis

Vorwort
Inhaltsverzeichnis
Abkürzungsverzeichnis
Literaturverzeichnis

§ 1: Überblick

A. Entstehungsgeschichte

B. Ziele und Motive des FamFG

- I. Verminderung der Rechtszersplitterung und Schaffung einer vollständigen und zusammenhängenden Verfahrensordnung
- II. Koordinierung mit den anderen Verfahrensordnungen
- III. Schaffung einer rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Verfahrensordnung
- IV. Stärkung der konfliktvermeidenden und konfliktlösenden Elemente im familiengerichtlichen Verfahren
- V. Verbesserung der Stellung des Kindes
- VI. Erweiterung der familiengerichtlichen Zuständigkeit

C. Aufbau des neuen Familienverfahrensrechts

- I. Struktur des FamFG
- II. Struktur des familiengerichtlichen Verfahrens unter Einbeziehung der allgemeinen Vorschriften

D. Überblick über die wichtigsten Änderungen in Familienverfahren

- I. Neue Zuständigkeiten: Abschaffung des Vormundschaftsgerichts und Schaffung eines großen Familiengerichts
- II. Definition des Beteiligten sowie seiner Rechte
- III. Der Beschluss als einheitliche Entscheidungsform
- IV. Einheitliche Norm für die Abänderung von Entscheidungen
- V. Rechtliches Gehör
- VI. Vereinfachung und Vereinheitlichung des Rechtsmittelverfahrens
- VII. Änderungen im einstweiligen Rechtsschutz
- VIII. Verfahrenskostenhilfe
- IX. Freibeweis und förmliche Beweisaufnahme
- X. Förmlicher Vergleich
- XI. Einheitliche Kostennorm für die meisten familiengerichtlichen Verfahren sowie für die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- XII. Vollstreckung
- XIII. Anwaltszwang
- XIV. Erklärung über eine Einigung in der Scheidungsantragsschrift
- XV. Streichung des § 630 ZPO a.F.
- XVI. Abtrennungsmöglichkeit der Folgesache „Versorgungsausgleich“ auf übereinstimmenden Antrag der Ehegatten
- XVII. Außergerichtliche Streitbeilegung über Folgesachen
- XIX. Das Verfahren in Unterhaltssachen
- XX. Änderungen in Verfahren der sog. neuen Abstammungssachen

§ 2: Allgemeiner Teil des FGG

A. Zuständigkeit

- I. Örtliche Zuständigkeit
- II. Sachliche Zuständigkeit

B. Beteiligte

- I. Zweck der Regelung
- II. Beteiligtenfähigkeit
- III. Rechte und Pflichten der Beteiligten
- IV. Beteiligte nach § 7 FamFG

C. Verfahrensfähigkeit

- I. Kreis der verfahrensfähigen Rechtspersonlichkeiten
- II. Gesetzliche Vertreter
- III. Verfahrensfähigkeit eines Ausländers

D. Anwaltszwang

- I. Verfahren vor dem Familiengericht und dem Oberlandesgericht
- II. Verfahren vor dem Bundesgerichtshof
- III. Behördenprivileg

E. Einstweilige Anordnung

- I. Allgemeines
- II. Zuständigkeit
- III. Anwaltszwang
- IV. Prozessuale Voraussetzungen
- V. Verfahren
- VI. Verhältnis zum Hauptsacheverfahren
- VII. Entscheidung
- VIII. Vollstreckung
- IX. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung
- X. Rechtsbehelfe
- XI. Kosten

F. Rechtsmittel

- I. Beschwerde
- II. Rechtsbeschwerde
- III. Sprungrechtsbeschwerde

G. Rücknahme und Beendigungserklärung

H. Prozesskostenhilfe/ Verfahrenskostenhilfe

- I. Begrifflichkeit
- II. Geltung der ZPO hinsichtlich der Voraussetzungen der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe
- III. Bewilligungsverfahren
- IV. Möglichkeit der Zuleitung der Angaben über Verfahrenskostenhilfe an den Antragsgegner
- V. Entscheidung durch Beschluss
- VI. Rechtsmittel
- VII. Änderung und Aufhebung der Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe

§ 3: Das Verfahren in Ehe- und Folgesachen

A. Allgemeines

B. Definition Ehesachen

C. Zuständigkeit

- I. Örtliche Zuständigkeit
- II. Funktionelle Zuständigkeit
- III. Internationale Zuständigkeit

D. Anwaltszwang

- I. Verfahren vor dem Familiengericht und dem Oberlandesgericht
- II. Verfahren vor dem Bundesgerichtshof

E. Das Verfahren in der Scheidungssache

- I. Antrag und Antragschrift
- II. Verfahrensfähigkeit
- III. Verfahrensverbindungen
- IV. Eingeschränkte Amtsermittlung
- V. Besondere Verfahrensgrundsätze
- VI. Anhörung
- VII. Mitwirkung der Verwaltungsbehörde oder dritter Personen
- VIII. Einbeziehung weiterer Beteiligter und dritter Personen
- IX. Erklärungen zur Scheidung
- X. Rücknahme des Scheidungsantrags und kostenrechtliche Konsequenzen

F. Isolierte Familiensachen, Verbund von Scheidungs- und Folgesachen, Abtrennung

- I. Isolierte Familiensachen
- II. Verbund von Scheidungs- und Folgesachen
- III. Abtrennung

G. Mögliche Entscheidungen des Gerichts in Scheidungsverfahren

- I. Aussetzung des Verfahrens
- II. Außergerichtliche Streitbeilegung über Folgesachen
- III. Scheidung oder Abweisung des Scheidungsantrags
- IV. Säumnis der Beteiligten
- V. Tod eines Ehegatten

H. Rechtsmittel gegen den Scheidungsausspruch

- I. Beschwerde
- II. Rechtsbeschwerde
- III. Sprungrechtsbeschwerde

I. Kosten

- I. Kosten in Scheidungssachen und Folgesachen
- II. Kosten bei Aufhebung der Ehe

J. Annex: Musteranträge mit Erläuterungen zum materiell-rechtlichen Scheidungsrecht

§ 4: Das Verfahren in Kindschaftssachen

A. Neuer Begriff der Kindschaftssachen

B. Örtliche Zuständigkeit

- I. Anhängigkeit einer Ehesache
- II. Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes
- III. Fürsorgebedürfnis
- IV. Doppelzuständigkeit

C. Verfahren und Verfahrensprinzipien

- I. Vorrang- und Beschleunigungsgebot
- II. Beteiligtenstellung und Verfahrensfähigkeit des Kindes
- III. Förderung der gütlichen Einigung der Eltern über das Umgangs- und Sorgerecht
- IV. Vollstreckung von Herausgabe- und Umgangsentscheidungen
- V. Verfahrensbeistand (früher Verfahrenspfleger)
- VI. Ermittlung von Amts wegen
- VI. Umgangspfleger
- VII. Anhörung des Kindes, der Eltern, der Pflegeperson und des Jugendamts
- VIII. Vermittlungsverfahren

D. Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen

- I. Materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Eingriffsbefugnis
- II. Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und gerichtlich gebilligter Umgangsvereinbarungen
- III. Überprüfung einer länger andauernden kindesschutzrechtlichen Maßnahme nach § 1696 Abs. 3 Satz 1 BGB, § 166 Abs. 2 FamFG
- IV. Pflicht und Befugnis zur Aufhebung von Maßnahmen
- V. Überprüfung nach Absehen von gerichtlichen Maßnahmen

E. Verfahren nach §§ 1666 und 1666a BGB (Kindeswohlgefährdung)

- I. Streichung des Tatbestandsmerkmals "elterlichen Erziehungsversagens" in § 1666 Abs. 1 BGB
- II. Aufzählung der Rechtsfolgen in § 1666 BGB

F. Erörterung der Kindeswohlgefährdung

- I. Einführung
- II. Teilnehmender Personenkreis
- III. Prüfung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung

G. Der Sachverständige in Kindschaftssachen

- I. Allgemeines
- II. Ausdehnung des Gutachtauftrags: Hinwirken auf Einvernehmen zwischen den Beteiligten
- III. Fristsetzung

§ 5: Das Verfahren in Unterhaltssachen

A. Allgemeines

B. Definition der Unterhaltssachen

- I. Die klassischen Unterhaltssachen
- II. Verfahren nach § 3 Abs. 2 Satz 3 BKGG und § 64 Abs. 2 Satz 3 EStG
- C. Zuständigkeit (§§ 232, 237 FamFG)**
 - I. Vorrangige ausschließliche Zuständigkeit nach § 232 FamFG
 - II. Zuständigkeit nach der ZPO und Wahlgerichtsstände
 - III. Ausschließliche Zuständigkeit für Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft
- D. Verfahren**
 - I. Anzuwendendes Verfahrensrecht
 - II. Anwaltszwang
 - III. Gesetzliche Vertretung, Prozesstandschaft und Beistandschaft beim Kindesunterhalt
 - IV. Auskunftspflicht der Beteiligten und Dritter
 - VI. Muster für Auskunftsanträge
 - VII. Verbund und isolierte Unterhaltsverfahren
 - VIII. Unterhaltsverfahren bei Feststellung der Vaterschaft
 - IX. Kostenentscheidung
 - X. Entscheidung
 - XI. Abänderung von Unterhaltstiteln (gerichtliche Entscheidungen, Vergleiche und Urkunden)
- E. Muster einer Unterhaltsabänderung nach § 238 FamFG**
- F. Einstweilige Anordnung**
 - I. Allgemeines
 - II. Einstweilige Anordnung zur Zahlung von Unterhalt oder eines Kostenvorschusses für ein gerichtliches Verfahren
 - III. Einstweilige Anordnung vor Geburt des Kindes
 - IV. Einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft
- G. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger**
 - I. Statthaftigkeit
 - II. Antrag
 - III. Verfahren
 - IV. Verhältnis zum Leistungsantrag (früher Leistungsklage)

§ 6: Das Verfahren in Versorgungsausgleichssachen

- A. Begriff**
- B. Zuständigkeit**
- C. Verfahren**
 - I. Verfahrensbeteiligte
 - II. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht
 - III. Erörterungstermin
 - IV. Aussetzung des Verfahrens
 - V. Genehmigung bei Vereinbarung über den Versorgungsausgleich
 - VI. Bezeichnung des Versicherungsträgers und Betragsfestsetzung
 - VII. Aufhebung früherer Entscheidung bei schuldrechtlichem Versorgungsausgleich
 - VIII. Entscheidung und Wirksamkeit
 - IX. Einstweilige Anordnung
 - X. Rechtsmittel

XI. Abänderung der Entscheidungen und Vereinbarungen

§ 7: Das Verfahren in Güterrechtssachen

A. Begriff der Güterrechtssachen

B. Zuständigkeit

C. Besonderheiten in Verfahren wegen Stundung einer Ausgleichsforderung oder wegen Übertragung von Vermögensgegenständen nach §§ 1382, 1383 BGB

§ 8: Das Verfahren in Wohnungszuweisungs- und Hausratssachen

A. Definition

I. Wohnungszuweisungssachen

II. Hausratssachen

B. Zuständigkeit

C. Verfahren

I. Antrag

II. Anwaltszwang

III. Amtsermittlungsgrundsatz

IV. Verfahrensbeteiligte

V. Anhörung des Jugendamtes in Wohnungszuweisungssachen

VI. Besondere Mitwirkungspflichten der Parteien bei Hausratssachen

VII. Persönliche Erscheinen der Ehegatten im Termin

VIII. Tod des Ehegatten

IX. Durchführung der Entscheidung

X. Wirksamkeit

D. Rechtsmittel

E. Einstweilige Anordnung

I. Voraussetzungen

II. Verfahren

III. Verhältnis zum Hauptsacheverfahren

IV. Entscheidung

V. Vollstreckung

VI. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung

VII. Rechtsbehelfe

VIII. Kosten

F. Musteranträge

I. Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung im Scheidungsverbund

§ 9: Das Verfahren in Gewaltschutzsachen

A. Allgemeines

B. Definition der Gewaltschutzsachen

C. Zuständigkeit

D. Verfahren

- I. Anhörung des Jugendamts und seine Beteiligtenstellung
- II. Entscheidung durch Beschluss
- III. Durchführung der Entscheidung
- IV. Wirksamkeit der Entscheidung
- V. Mitteilung von Entscheidungen

E. Einstweilige Anordnung (§ 214 FamFG)

- I. Voraussetzungen
- II. Verfahren
- III. Verhältnis zum Hauptsacheverfahren
- IV. Entscheidung
- V. Vollstreckung
- VI. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung
- VII. Rechtsbehelfe
- VIII. Kosten

F. Musterantrag

§ 10: Das Verfahren in Adoptionssachen

A. Definition der Adoptionssachen

B. Zuständigkeit

C. Das Adoptionsverfahren

- I. Verfahrensbeteiligte
- II. Vorzulegende Urkunden
- III. Offenbarungs- und Ausforschungsverbot
- IV. Akteneinsicht
- V. Anhörungen der Beteiligten, weiterer Personen, des Jugendamts und des Landesjugendamts
- VI. Fachliche Äußerung einer Adoptionsvermittlungsstelle bei Adoption eines Minderjährigen
- VII. Verfahrensbeistand
- VIII. Unzulässigkeit der Verbindung
- IX. Entscheidung und Wirksamkeit
- X. Anfechtbarkeit
- XI. Abänderung Wiederaufnahme

§ 11: Verfahren in Abstammungssachen

A. Definition

B. Verfahren

- I. Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- II. Antragsverfahren
- III. Örtliche Zuständigkeit
- IV. Beteiligte
- V. Verfahrensbeistand
- VI. Anhörung des Jugendamts

- VII. Vertretung des Kindes
- VIII. Verfahrensgrundsätze
- IX. Keine Erledigung des Verfahrens durch den Tod eines Beteiligten
- X. Entscheidung

§ 12: Das Verfahren in sonstigen Familiensachen

A. Allgemeines

B. Begriff der sonstigen Familiensachen

- I. Sonstige Familiensachen nach § 266 Abs. 1 FamFG
- II. Sonstige Familiensache nach § 266 Abs. 2 FamFG

C. Zuständigkeit

§ 13: Das Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen

A. Lebenspartnerschaftssachen nach § 269 Abs. 1 FamFG

B. Sonstige Lebenspartnerschaftssachen

- I. Lebenspartnerschaftssachen nach § 269 Abs. 2 FamFG
- II. Lebenspartnerschaftssachen nach § 269 Abs. 3 FamFG